

Medizin auf «Feld und Flur»

Verantwortliche aus Politik und Spitalspitze stellten das Siegerprojekt für den Neubau in Schenkon vor.

Alexander von Däniken

«Feld und Flur» heisst das Siegerprojekt. Das passt, kommt doch der Neubau des Luzerner Kantonsspitals (Luks) in Sursee auf der grünen Wiese zu stehen: auf dem Areal Schwyzermatt in Schenkon. Warum, wie und wann, darüber informierten die Luzerner Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor, Luks-Verwaltungsratspräsident Martin Nufer, Luks-CEO Florian Aschbrenner und die Luks-Standortleiterin für Sursee, Yvonne Neff, am Montag vor Ort. Das sind die wichtigsten Punkte.

Das Projekt

«Feld und Flur» des Zürcher Generalplanerteams Jaeger Coneco AG/Fischer Architekten AG setzte sich in einem zweistufigen Verfahren gegen anfänglich 21 andere Projekte durch. Das Areal besteht aus dem Spital mit vier Obergeschossen, dem Parkhaus (beides entlang der Surentalstrasse), dem Pflegezentrum Seeblick, das mit dem Spital mitzügelt und in der Nähe des Chommlibachs zu stehen kommt, und einem Nebengebäude. Alle Gebäude werden unterirdisch miteinander verbunden. Generell wird auf kurze Wege für Patientinnen und Personal geachtet. Ein Reserveplatz neben dem Spitalbau erlaubt eine spätere Erweiterung. Das Spital enthält im Erdgeschoss das Ambulatorium, den Notfall und die Radiologie, im 1. Stock befinden sich Intensivstation, Tagesklinik und Aufwachraum, im 2. Stock sind die Bürozone, Restaurant, Gebärdabteilung und Onkologie zu finden, im 3. und 4. Stock sind die Pflegestationen untergebracht.

Die Betten

Was in der Spitalplanung früher eine fixe Grösse war, ist mit der Entwicklung der Gesundheitsversorgung und dem Fortschritt der Medizin in den Hintergrund



So soll das neue Spital Sursee aussehen, rechts das Parkhaus.

Visualisierungen: zvg

gerückt: die Zahl der Betten. Beim Neubau des Spitals Sursee war zu Beginn von 160 Betten die Rede, was dann auf 140 und nun auf 113 reduziert worden ist. Wie viele Betten es tatsächlich sein werden, hängt vom genauen Leistungsangebot ab. Dieses wird laut Luks-CEO Florian Aschbrenner noch überarbeitet. Regierungsrätin Michaela Tschuor stellte aber klar: «Es darf keinen zweiten Fall Wolhusen geben.» Bekanntlich begannen dort mit dem Bau, bevor feststand, was überhaupt angeboten wird. In Schenkon dürften es Einzelzimmer werden.

Die Kosten

Es gibt weiterhin nur eine grobe Kostenschätzung von 270 bis 320 Millionen Franken, bei einer Genauigkeit von plus/minus 30 Prozent. Mit Blick auf die Teuerung der jüngsten Bauprojekte muss von etwa 400 Millionen Franken ausgegangen wer-

den. Nicht inbegriffen sind die Kosten für die Altlastensanierung und Rückbauten am bisherigen Standort, Baunebenkosten, Reserven, Medizintechnik und Mobiliar, aber auch Provisorien und Begleitmassnahmen. Eine bessere Kostenschätzung wird es geben, wenn das Vorprojekt abgeschlossen ist.

Der Zeitplan

Das Siegerprojekt entwickeln Luks, kantonale und kommunale Behörden nun weiter, bis ein Richtprojekt entsteht. Dieses dient als Basis für politische Entscheidung. Denn voraussichtlich im Januar 2027 sollen die Schenkonerinnen und Schenkoner an der Gemeindeversammlung über die Umzonung des Areals befinden können. Noch befindet sich das Areal in der Landwirtschaftszone. Im selben Jahr dürfte die kommunale Urnenabstimmung über den Bebauungsplan stattfinden. «Diese Zeit



Das neue Spital Sursee soll im Innern hohe Modularität bieten.

wird das Luks gezielt nutzen, um das Neubauprojekt mit den aktuellsten medizinischen und demografischen Entwicklungen abzugleichen», sagte CEO Florian Aschbrenner. Er stellt sich das neue Spital vom Luzerner Kantonsspital im Baurecht. Weil der Kanton damit nicht Eigentümer der Gebäude ist, werden

Kantonsrat und Kantonsbevölkerung nicht über das Projekt befinden können. Die Inbetriebnahme des neuen Spitals ist 2033 oder 2034 vorgesehen.

Die Natur

Die Zustimmung der Bevölkerung wird auch davon abhängen, ob es den Verantwortlichen ge-

lingt, die Notwendigkeit des Bauens auf der grünen Wiese aufzuzeigen. Schliesslich muss in einigen Luzerner Gemeinden Bauland rückgezont werden, der Siedlungsdruck auf die Natur wächst, das verdichtete Bauen wird wichtiger. An der Medienkonferenz betonten die Referentinnen und Referenten darum immer wieder, dass es sich um die bestmögliche Variante handle. So rechnet der Kanton bis 2055 mit etwa 580'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. «Der neue Standort gewährleistet eine optimale Erreichbarkeit. Das ist für die Patientensicherheit und die Rettungsdienste zentral», sagte etwa Michaela Tschuor. Luks-Verwaltungsratspräsident Martin Nufer ergänzte, dass das jetzige Spital Sursee nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entspreche und ein Umbau vor Ort teurer und aufwendiger sei. Die rund 37'000 Quadratmeter an Fruchtfolgeflächen, die wegen des Neubaus wegfallen, werden laut Nufer auf einer Fläche im Umkreis von 15 Kilometern kompensiert.

Der Verkehr

Das Spitalareal liegt ganz in der Nähe der Autobahn A2. Die heutigen Kreisel Schwyzermatt und Zollhus sollen in lichtsignalgesteuerte Kreuzungen umgewandelt und die Kantonsstrasse soll erweitert werden. Was den ÖV betrifft, sind direkt neben dem Areal Bushaltekanten und eine Wendeanlage geplant. Der Verkehrsverbund Luzern beabsichtigt, den neuen Spitalstandort mit verschiedenen Buslinien in einem dichten Takt anzusteuern. So sollen zum Beispiel die Linien 63/66 ab Willisau zum Bahnhof Sursee bis zum Spital verlängert werden. Alle Buslinien zum und vom Spital werden über die Allmendstrasse fahren und meiden damit die stauanfällige Surentalstrasse. Ein allfälliger künftiger Anschluss an die S-Bahn sei ebenfalls möglich.

Für verbilligte Prämien soll weiterhin ein Gesuch nötig sein

Laut SP soll die Verwaltung den Anspruch auf verbilligte Krankenkassenprämien automatisch prüfen. Die Regierung lehnt dies ab.

Lukas Nussbaumer

Wie viele Luzernerinnen und Luzerner hätten Anspruch auf verbilligte Krankenkassenprämien, stellen aber kein Gesuch? Das lasse sich nicht exakt sagen, schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf ein Postulat von SP-Kantonsrätin Pia Engler. Die Nichtbezugsquote sei aber tiefer als bei anderen Sozialleistungen und betrage «aufgrund jährlicher Modellrechnungen im Kanton Luzern maximal 15 Prozent».

Angenommen, diese 15 Prozent sind mit einer eher hohen Unsicherheit behaftet und heuer werden wie im vergangenen November angekündigt etwa 118'000 Personen mit rund 256 Millionen Franken entlastet, könnten also zwischen 10'000

und 20'000 Luzernerinnen und Luzerner zusätzlich Prämienverbilligungen erhalten.

Das soll allerdings nicht passieren, lautet das Fazit der vom Gesundheits- und Sozialdepartement verfassten Stellungnahme. Oder anders ausgedrückt: Die von Pia Engler verlangte automatische Prüfung des Anspruchs auf Prämienverbilligungen und damit eine Ausweitung des Personenkreises soll es im Kanton Luzern nicht geben. Obwohl andere Kantone wie Uri, Bern, Wallis oder Genf dieses System schon länger kennen. Obwohl Englers Vorstoss mit Unterstützenden aus ihrer Partei sowie von Mitgliedern von Mitte, Grünen und GLP breit abgestützt ist. Und obwohl auch der Luzerner Stadtrat einem

automatisierten Prozess «durchaus positiv» gegenüberstehen würde.

Das Gesundheits- und Sozialdepartement begründet denn auch ausführlich, warum das geltende System mit einem jährlich immer wieder neu auszufüllenden Gesuch gut ist. So würden Prämienverbilligungen eine «hohe Bekanntheit» geniessen, was auch durch die grosse Zahl der jährlich abgelehnten Gesuche von rund 29'000 belegt sei.

Mehraufwand für Personal und Informatik

Das Departement zitiert auch Studien. Demnach handelt es sich bei Einwohnerinnen und Einwohnern, die keine Verbilligungen beantragen, um Einzel-

personen und Haushalte ohne Kinder sowie vermehrt um Versicherte mit mittleren Einkommen. Das seien «insgesamt Personen mit Anspruch auf unterdurchschnittliche Subventionsbeiträge». Ausserdem liessen Studien und Erfahrungen anderer Kantone «den Schluss zu, dass ein automatisiertes Verfahren auch Personen begünstige, die keinen Bedarf haben».

Steigen würde dagegen der Aufwand bei der zuständigen Ausgleichskasse, rechnet das Departement von Mitte-Regierungsrätin Michaela Tschuor vor. Der Ausbau der personellen Ressourcen und eine einmalige Investition in die Informatikprozesse kämen bei der Umstellung auf einen voll automatisierten Prozess nach Urner Vorbild mit

der Verwendung von Steuerdaten auf 400'000 Franken zu stehen. 300'000 Franken davon – oder 30 Prozent mehr als heute – würden jährlich anfallen, nämlich für mehr Personal.

Dazu komme eine Rechtsunsicherheit, weil bei einem Nichtanspruch keine Verfügungen ausgestellt würden. Wolle man diese Lücke schliessen, würde sich der personelle Aufwand gegenüber heute gar verdoppeln, befürchtet das Gesundheits- und Sozialdepartement. Zu klären wäre dann laut der am Dienstag veröffentlichten Stellungnahme auch noch, wie die 4 Prozent der Steuerpflichtigen, die keine Steuererklärung ausfüllen, behandelt werden sollen.

Pia Engler ist von der Antwort auf ihr Postulat «enttäuscht.

Der Regierung fehlt das Einfühlungsvermögen für Leute, die das Geld dringend nötig hätten. Sie schaut primär auf die Verwaltung und rechnet vor, wie hoch der Zusatzaufwand wäre», sagt die seit sechs Jahren im Kantonsrat politisierende Krienserin.

Sie setzt auch ein Fragezeichen hinter die Höhe der genannten Mehrkosten und betont: «Ein Automatismus gewährleistet am besten, dass diejenigen die Verbilligungen erhalten, die sie am meisten benötigen.»

Wie Engler nun weiter vorgehen will, lässt sie offen. Die Vizepräsidentin der kantonalen SP verspricht aber: «Ich bleibe an diesem Thema sicher dran.» Wann ihr Vorstoss im Parlament behandelt wird, ist noch nicht fixiert.